

Resolution des Landesvorstands der LINKEN. Bayern zum Konflikt in der Ukraine, beschlossen auf der Sitzung am 19.03.2022

Nein zum Krieg, nein zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine – Menschenleben vor Profit- und Machtinteressen!

Der Angriffskrieg, veranlasst von der russischen Regierung gegen die Ukraine, der bereits viele Menschenleben gekostet hat und noch viele kosten wird, erfüllt uns mit Entsetzen. Wir als LINKE verurteilen diesen völkerrechtswidrigen und mörderischen Angriff durch Putins Truppen aufs Schärfste. Krieg als Mittel der Konfliktlösung lehnen wir als Partei des Friedens kategorisch ab. Ja, die NATO hat in der Vergangenheit selbst völkerrechtswidrige Kriege begonnen: Nichts entschuldigt jedoch den Angriff Putins auf die territoriale Integrität der Ukraine und die brutale Kriegsführung, durch die unzähligen Menschen in der Ukraine unfassbares Leid zugefügt wird. Ein Abzug der Truppen muss sofort erfolgen, eine Rückkehr an den Verhandlungstisch ist das Gebot der Stunde, um nicht noch mehr Leid anzurichten. Wir solidarisieren uns mit den Menschen in der Ukraine!

Putins Regime ist nicht mit den Menschen in und aus Russland gleichzusetzen

Sorgen bereitet uns auch, dass russischstämmige Menschen hierzulande und weltweit nun in ihrem Alltag von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen sind. Wir beobachten, dass ihnen Spott, Hassrede und sogar körperliche Gewalt drohen, dass Supermärkte russische Lebensmittel aus dem Sortiment nehmen oder dass russischstämmigen Patienten die medizinische Versorgung verweigert wird oder Studierende aus Universitäten ausgeschlossen werden. Es sind Zigtausende, die in Russland gegen Putins Angriff der Ukraine protestieren, obwohl Demonstrationsverbot herrscht und Repressionen drohen. Tausende wurden bereits festgenommen. Unsere Solidarität als LINKE gilt diesen Menschen, die sich trotz der Repressionen mutig für eine friedliche Lösung des Konflikts einsetzen sowie denjenigen, die unfreiwillig mit Putins Regime über einen Kamm geschoren werden und dadurch Diskriminierung erfahren. Natürlich müssen Putin und seine Schergen für ihr verbrecherisches Handeln vor internationalen Gerichten zur Rechenschaft gezogen werden. Genauso gilt jedoch, dass wir jegliches Handeln verurteilen, das eine Kollektivschuld bei allen Russ:innen impliziert.

Umgang mit Geflüchteten

Wir begrüßen es, dass die EU, Deutschland und auch Bayern die Geflüchteten aus der Ukraine mit offenen Armen und Herzen empfängt! Dies soll so bleiben, denn die unbürokratische Hilfsbereitschaft zeigt diesen leidgeprüften Menschen, dass sie einen Platz haben, an dem sie willkommen sind. So wunderbar die Hilfsmöglichkeiten für die ukrainischen Geflüchteten - zu denen auch viele Mitglieder der LINKEN einen praktischen Beitrag leisten – sind: Wir hoffen

sehr auf eine Blaupause für Geflüchtete aus aller Welt! Wie absurd ist die Tatsache, dass die EU bzw. die deutsche Regierung nicht allen humanitären Krisen und damit allen Geflüchteten so begegnet. Warum müssen Geflüchtete aus andern Staaten in Ankerzentren und Massenunterkünften untergebracht werden und nicht unbürokratisch bei Verwandten oder hilfsbereiten Menschen? Es fehlt die Berichterstattung zu Kriegen und Hungersnöten auf dem afrikanischen Kontinent, die Spendenaufrufe und die unbürokratische Bleibeperspektive, die sofort anstelle von entwürdigenden und oft erfolglosen Asylverfahren treten müsste. Warum ertrinken weiterhin Geflüchtete im Mittelmeer, dieser tödlichen Grenze der Festung Europa oder darben, ihrer Würde beraubt, in Moria? Bei Menschen darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden, sonst mangelt es an Glaubwürdigkeit. Die Europäische Union, die deutsche Regierung und insbesondere auch die bayerische Landesregierung muss Völkerrecht, Menschenrechte und Willkommenskultur für alle ernstnehmen! Daher fordern wir die Aufnahme aller Geflüchteten, den Ausbau sicherer Fluchtrouten und die Beseitigung des tödlichen Grenzregimes, etwa am Mittelmeer oder an der polnisch-belarussischen Grenze, den Abbau inhumaner bürokratischer Hürden, die Ermöglichung von Chancen zur Bildung und auf dem Arbeitsmarkt sowie einen sofortigen Stopp aller Abschiebungen – unabhängig von Nationalität und Herkunft!

Aus Fehlern der Vergangenheit lernen – Frieden schaffen ohne Waffen

Seit Jahren warnt DIE LINKE sowohl in Mali, im Afghanistan-Konflikt und auch im Ukraine-Konflikt, der seit 2014 offen schwelt und derzeit seinen tragischen Höhepunkt im verbrecherischen Angriffskrieg Russlands erfährt, vor einer weltweiten Eskalationsspirale, die sich durch Aufrüstung, Waffenexporte an Konfliktparteien, Truppenstationierungen in oder am Rand von Krisengebieten und die Nichteinhaltung von getroffenen Vereinbarungen Bahnbricht. Statt auf Entspannungspolitik, Abrüstung und Diplomatie, setzt man weltweit auf Aufrüstung und die martialische Zurschaustellung militärischer Drohgebärden. Gerade wenn sich Außenstehende in Konflikte einmischen, muss dies daher aus LINKER Sicht aus einem klaren Bekenntnis zum Frieden heraus geschehen, anstatt eigene wirtschaftliche oder imperialistische Interessen zu bedienen, die eine Blockmentalität vertiefen, anstatt Konfliktparteien zueinander zu führen. Diplomatie und eine zivile Konfliktbearbeitung sind dabei die einzig gangbaren Lösungswege!

Im aktuellen Konflikt um die Ukraine zeigt auch die deutsche Regierung, dass es ihr weniger um die Interessen der Menschen in der Ukraine geht als vielmehr um Wirtschafts- und Hegemonialinteressen: Sowohl die Waffenlieferungen an die Ukraine, die lediglich für noch mehr Tod und Leid sorgen werden – auch, weil sie den Krieg noch weiter verlängern werden, als auch die geplanten Rüstungsausgaben von 100 Milliarden Euro, zusätzlich zum 2%-Ziel der NATO, was einem gigantomanischen Wettrüsten gleichkommt, zeigen dies deutlich. Und das, obwohl die NATO-Staaten bereits 2020 für 1.024 Milliarden US-Dollar aufgerüstet haben und Deutschland im Jahr 2021 schon 46,93 Milliarden in Rüstung investiert hat.

Aber nein, die Erzählung lautet: Die Bundeswehr werde seit Jahren kaputtgespart. Dabei steht der Rüstungsetat im Bundeshaushalt seit Jahren entweder auf dem 2. oder 3. Platz der Resorts, jedes Mal vor dem Gesundheitsetat, dem Etat für Bildung und Forschung, dem Etat

für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Etat für Ernährung und Landwirtschaft, dem Etat für Entwicklungszusammenarbeit oder dem Etat für Wirtschaft und Energie, um nur einige nicht unwesentliche Bereiche zu nennen, in denen dadurch das Geld fehlt und fehlen wird, um Investitionen in die Zukunft statt in Leid und Tod zu tätigen.

Und nachdem die bisherige militärische Überlegenheit der NATO-Staaten bei Putin offensichtlich keinen bleibenden Eindruck hinterlassen hat, ist davon auszugehen, dass die jetzige Gigantomanie des von der Ampel geplanten Rüstungs-Schattenhaushalts, der sich in 29 weitere Rüstungshaushalte der anderen NATO- Staaten einreicht, dies ebenso wenig zur Folge haben wird.

Beeindruckt zeigen sich bisher nur die Aktionär:innen und Chefetagen der Rüstungsindustrie, denn die deutschen Rüstungskonzerne legten seit dem Bekanntwerden überwiegend zweistellig zu, Hensoldt an einem einzigen Tag sogar um 42,57% und Rheinmetall um 24,80%. Da wird sie dann auch überdeutlich sichtbar, diese allerhässlichste Fratze des Kapitalismus, wenn sich einige wenige am Geschäft mit dem Tod eine goldene Nase verdienen. Eine tiefe Verwurzelung in dieser tödlichen Marktlogik zeigen die Mehrheit der Parteien im Bundestag: von SPD, über Grüne bis hin zur FDP, Union und AfD. Ihnen geht es eben nicht um das Wohl der Menschen, sondern um Profite. Nur wir als LINKE stehen daher konsequent und unbestechlich für ein Abrüsten, für ein Verbot von Waffenexporten und eine Politik, die die Vermittlung zwischen Konfliktparteien zum Ziel hat, statt die Verschärfung von Blockmentalitäten.

Auch das neue laute Nachdenken über die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland, die mediale, von Politiker:innen im In- und Ausland befeuerte Heldenverehrung der kämpfenden Ukrainer:innen und die vielen jungen, zwangsverpflichteten russischen Soldaten, die zuhauf ihr Leben lassen, zeigen: Es geht den Regierungen nicht um Frieden und ein gutes Leben für die Menschen. Für uns als LINKE ist jedes Opfer eines Krieges ein Opfer zu viel. Es sind die einfachen Menschen, denen vorgegaukelt wird, es sei heldenhaft, fürs eigene Land, für Ruhm und Ehre oder für die Freiheit in den Krieg geschickt zu werden. Die Leidtragenden dieses kriegerischen Konflikts sind nicht diejenigen, die ihn anzetteln und befeuern, sondern die Menschen in der Ukraine, die um die Zerstörung ihrer Heimat oder gar die Auslöschung ihres Lebens fürchten müssen, diejenigen, die fliehen und alles zurücklassen müssen, die Ukrainer zwischen 18 und 60, die ihr Land nicht verlassen dürfen und ebenso zwangsrekrutiert werden, wie viele junge Russen, die Menschen in Russland, die unter Repressionen und Sanktionen leiden, die Soldat:innen, die ihr Leben oder ihre Unversehrtheit verlieren und auch all diejenigen, die aufgrund hoher Rüstungsausgaben in ihren Ländern auf grundlegende Sozialleistungen und damit auf ein Leben in Würde verzichten müssen. Und all das, weil einige wenige profitieren, vom Regierungsstuhl aus ihre Großmachtsfantasien ausleben oder ihre unberechtigten Hegemonialansprüche verteidigen.

Wir plädieren daher auch weiterhin für ein NEIN zur Wehrpflicht sowie für die Aufnahme aller desertierten Russ:innen und Ukrainer:innen! Niemand soll sein Leben lassen müssen für die Hegemonial- und Profitinteressen der Mächtigen!



Kathrin Flach Gomez

Nürnberg, den 19.03.2022